

MEDIENKONFERENZ VOM 1. JULI 2022

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

Mehr zahlen, mehr arbeiten und dafür weniger Rente?

Nein zu AHV 21 und zu den Angriffen auf unsere Altersvorsorge!

Die Banken, Versicherungen und ihre politischen Handlanger haben den Frontalkampf gegen unsere Renten eröffnet. Der Angriff richtet sich sowohl gegen die AHV als auch gegen die 2. Säule. Das Programm, das sie der Arbeitswelt aufzwingen wollen, besteht aus drei Punkten:

- Mehr zahlen
- Mehr arbeiten
- Die Renten senken

Mit diesem Programm soll der Marktanteil der AHV und des BVG an der Altersvorsorge verringert und Platz für die dritte Säule geschaffen werden, welche ihnen ermöglicht Profite anzuhäufen: Genau zur gleichen Zeit, in der sich die Forderungen nach Sparmassnahmen bei der AHV häufen, gibt es Pläne, die Steuererleichterungen für Beiträge an die dritte Säule zu erhöhen. Was bei der AHV eingespart wird, soll den reichsten 10 Prozent des Landes zugutekommen, die es sich leisten können, 15'000 Franken pro Jahr in ein Konto der dritten Säule einzuzahlen.

Wir werden dafür kämpfen, dass die Schweizer Bevölkerung ein starkes Nein zu diesem Abriss unserer ersten beiden Säulen einlegt. Die von unseren Vorfahren in einem Land gegründet wurden, das damals weniger reich war als heute – dafür aber solidarischer.

Mehr zahlen

Allein die Inflation belastet die Bevölkerung im Jahr 2022 mit mehr als 10 Milliarden Franken. Genau zu diesem Zeitpunkt wollen die rechten Parteien 1.5 Milliarden mehr Mehrwertsteuer eintreiben. Das ganze Jahr über predigen sie, dass sie weniger Steuern wollen, machen Vorschläge in alle Richtungen, um die Mittelschicht zu entlasten, aber das einzige konkrete Resultat ist, dass sie im September 2022 ohne zu murren bereit sind, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu akzeptieren. Zusammen mit der brutalen Prämienerrhöhung, die für denselben September zu erwarten ist, wird diese Erhöhung die Bevölkerung mit 4 bis 5 Milliarden Franken zusätzlicher Zwangsabgaben belasten, die zu den 10 Milliarden der Inflation noch hinzukommen. Und um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, verbietet die Rechte den BVG-Kompromiss der Sozialpartner und plant eine Vorlage,

welche die Arbeitnehmenden und Unternehmen weitere 3 Milliarden zusätzlich kosten und niedrigere Renten bescheren wird. Um es mit den Worten von alt Nationalrat und Unternehmer Peter Spuhler über die SNB zu sagen: Man fragt sich, was sie geraucht haben.

Die einzigen Menschen, die das Recht haben sollen, weniger bezahlen zu müssen, sind die Reichen, die Anleihen besitzen, insbesondere diejenigen, die im Ausland leben, aber auch die in der Schweiz. Sie sollen keine Verrechnungssteuer mehr bezahlen müssen. Man kann eine einfache Rechnung anstellen: Wenn die Zinsen weiter steigen, könnten die Verluste bald genauso hoch sein wie die auf dem Rücken der Frauen geplanten Einsparungen mit AHV 21. Dann wäre der Skandal perfekt. Die Einsparungen bei den AHV-Renten der Frauen wären dann an die Besitzer von Obligationen weitergereicht worden.

Mehr arbeiten

Diejenigen, die das Rentenalter erhöhen wollen, sagen, dass wir länger arbeiten müssen, da wir länger leben. Aber in der Schweiz wird schon seit langem mehr gearbeitet. Verbunden mit einem ausserordentlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität hat der Eintritt der Frauen in den bezahlten Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten das Arbeitsvolumen und damit die beitragspflichtigen Einkommen massiv erhöht – was die Finanzen der AHV gestützt hat. Deshalb konnten wir seit 1980 1.7 Millionen zusätzliche RentnerInnen finanzieren, ohne dass unsere Finanzen aus dem Gleichgewicht geraten wären. Im letzten Jahr flossen 2.6 Milliarden Franken Gewinn in den AHV-Fonds. Er hat mit 47 Milliarden Franken seinen höchsten Stand überhaupt erreicht. Im Jahr 2011 sagte der Bundesrat: «Gegen 2020 wird das AHV-Vermögen beginnen, immer schneller dahinzuschmelzen. Es wird daher erwartet, dass gegen Mitte des nächsten Jahrzehnts die Liquidität des AHV-Ausgleichsfonds weniger als 50% der Ausgaben eines Jahres betragen wird». (04.05.2011). Heute ist klar, dass der AHV-Fonds weit davon entfernt ist, auf einen derart tiefen Stand zu sinken, wie ihn der Bundesrat für 2025 prognostiziert hatte. 2025 wird sich seine Fehlermarge für zehn Jahre auf rund zwanzig Milliarden belaufen. Und es geht so weiter: Zwischen dem letzten Jahr und heute musste der Bundesrat seine Prognosen bis 2032 bereits um 16 Milliarden Franken nach oben korrigieren.

Diese Fehlberechnungen sind altbekannt und gehen immer in die Richtung Katastrophismus. Einer der Fehler, die diesen Katastrophismus rechtfertigen sollen, ist die falsche Definition der «aktiven Bevölkerung». Zu viele Experten betrachten die demografische Entwicklung, indem sie seit Beginn der AHV alle Erwachsenen zur erwerbstätigen Bevölkerung zählen, während damals die Frauen zwar viel arbeiteten, aber unbezahlte Arbeit, und somit im Sinne der AHV nicht erwerbstätig waren. Sie wurden es im Laufe der Zeit und glichen damit den Anstieg der Zahl der RentnerInnen aus. Der Anteil der entlohnten Vollzeitbeschäftigten an der Gesamtbevölkerung liegt seit Beginn der AHV stabil bei etwa 50 Prozent.

Um die Beschäftigung von Frauen zu ermöglichen, musste eine Lösung für die Kinderbetreuung gefunden werden. Da die öffentlichen Strukturen nicht ausreichend sind, haben die Rentnerinnen und Rentner in grossem Umfang zu einer Lösung in diesem Bereich beigetragen. RentnerInnen leisten Kinderbetreuungsstunden im Wert von 8 Milliarden Franken. Sie zu zwingen, länger zu arbeiten, würde bedeuten, diese Ressource zu verlieren, ohne Familien eine erschwingliche Alternative anbieten zu können. Daher ist diese «Einsparung» bei der AHV in Wirklichkeit vor allem eine Verschiebung der Lasten auf junge Familien.

Die Renten senken

Die AHV-Rente variiert zwischen 1'195 und 2'390 Franken. Die Medianrente lag 2020 bei 1'787 Franken. Hinzu kommt eine BVG-Medianrente von 1'800 Franken für Männer und rund 1'000 Franken für Frauen, wobei zu beachten ist, dass 30 Prozent der Frauen gar keine BVG-Rente erhalten. Weiter muss beachtet werden, dass die AHV-Rente für Ehepaare auf 150 Prozent der Maximalrente plafoniert ist. Für Ehepaare kann man also nicht einmal die bescheidenen Beträge dieser AHV-Renten verdoppeln. Zur Erinnerung: Die Armutsgrenze wird von der SKOS (Schweizerische Koordinationsstelle für Sozialhilfe) auf 2'279 Franken für eine alleinstehende Person festgelegt, wobei die Kosten der Krankenkassenprämie noch nicht eingerechnet sind – ein Betrag, den die Hälfte der Frauen nicht einmal mit AHV- und BVG-Rente zusammen erreicht ... Und es wird weiterhin behauptet, die RentnerInnen würden in Saus und Braus leben! Natürlich geht es einer Minderheit von ihnen gut. Das sind genau diejenigen, die vorzeitig in den Ruhestand gehen. Je höher das Rentenskapital, desto früher geht man in den Ruhestand: Diejenigen, welche die Wahl haben, hören weit vor 64 und 65 Jahren auf zu arbeiten.

Diese Situation wird sich noch weiter verschärfen, denn innerhalb von zehn Jahren sind die Neurenten aus der zweiten Säule bei gleichem Kapital um 20 Prozent gesunken.

Wie kann man es unter diesen Umständen rechtfertigen, Frauen – und damit auch Ehepaaren – durchschnittlich 26'000 Franken Rente wegzunehmen? Wie kann man darüber hinaus eine Reform der 2. Säule in Erwägung ziehen, die den Umwandlungssatz und damit die BVG-Renten senkt, ohne diese Verluste für alle auszugleichen?

Auf einem Arbeitsmarkt, der schon ab 50 Jahren nicht mehr allen eine Chance gibt, bedeutet eine Erhöhung des Rentenalters nichts anderes als eine Senkung der ohnehin schon unzureichenden Renten für diejenigen, die ihr Leben lang schwere und schlecht bezahlte Arbeit geleistet haben. Ohne Aussicht auf einen Arbeitsplatz nach dem 60. Lebensjahr, sind diese Menschen oft gezwungen, ihre Rente vorzuziehen und damit ihre Rentenerwartungen massiv zu senken.

In den ersten 30 Jahren der Geschichte der AHV haben der Bundesrat und das Parlament das Rentenalter für Frauen gesenkt und die Rentenhöhe real verdreifacht. Obwohl sie Demografen hatten und den beginnenden starken Anstieg der Lebenserwartung wahrgenommen hatten. Aber sie hatten Ehrgeiz für unser Land und einen gewissen Respekt für die Arbeitswelt. Dieser Ehrgeiz und dieser Respekt sind im Verschwinden begriffen. Mit unserer Kampagne wollen wir sie zurückgewinnen.